

Rudolf Anschöber
Bundesminister

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrates
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2020-0.570.368

Wien, 19.10.2020

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 3285 /J der Abgeordneten Herr betreffend ministeriumsinterne Maßnahmen für den Klimaschutz** wie folgt:

Fragen 1, 2 und 6:

- *Welche konkreten Klimaschutzmaßnahmen haben Sie seit Angelobung der Regierung am 7. Jänner 2020 ergriffen, um die durch Ihr Ministerium (inkl. nachgelagerten Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen) anfallenden CO₂-Emissionen (bspw. durch Fuhrpark, Heizung, Veranstaltungen, Verwaltung) zu senken?*
 - a. *Welcher Betrag (in Euro) wurde dafür investiert?*
 - b. *Wie viele Tonnen CO₂ wurden durch diese Maßnahmen im Zeitraum zwischen Angelobung der Regierung und dem Zeitpunkt Ihrer Anfragebeantwortung eingespart?*
- *Welche Klimaschutzmaßnahmen planen Sie bis zum Jahresende zu ergreifen, um die durch Ihr Ministerium (inkl. nachgelagerten Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen) anfallenden CO₂-Emissionen (bspw. durch Fuhrpark, Heizung, Veranstaltungen, Verwaltung) zu senken?*
 - a. *Welcher Betrag (in Euro) soll dafür investiert werden?*

- b. Wie viele Tonnen CO₂ sollen dadurch eingespart werden?*
- *Haben Sie Pläne oder Konzepte, wie Sie innerhalb Ihres Ministeriums (inkl. nachgelagerten Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen) bis 2040 Klimaneutralität erreichen können?*
 - a. Wenn ja, wie sehen diese aus?*
 - b. Wenn nein, haben Sie die Ausarbeitung solcher Pläne oder Konzepte eingeleitet?*

Die Verwaltung der beiden Gebäude, die von der Zentralleitung genutzt werden, liegt im Falle des Gebäudes Stubenring in den Händen der BHÖ und im Falle des Gebäudes Radetzkystraße in jenen der ARE/BIG. Das BMSGPK macht im Zuge von Projekten der Hausverwaltungen auf die Notwendigkeit zum Klimaschutz aufmerksam und bringt entsprechende Anregungen ein. Mit den Vermieterinnen werden so laufend energiesparende und damit CO₂-Ausstoß sparende Maßnahmen durchgeführt (z.B. Weiterführung der Fenstersanierungen, betreffend Ökostrom siehe Antwort zu Frage 9.)

Die Erweiterung der Videokonferenzmöglichkeiten – sowohl zusätzliche Raumlösung als auch Möglichkeiten der Videokonferenz am Bildschirmarbeitsplatz – trägt dazu bei, die Notwendigkeit von Dienstreisen auf das unbedingt Erforderliche zu reduzieren. Dienstreisen (Flüge und Fahrten) werden nur absolviert, soweit dies dienstlich unbedingt erforderlich ist. In Corona Zeiten wurden selbst diese nochmals drastisch reduziert – alternativ wurden verstärkt Videokonferenzen genutzt. Eine Novellierung der Regelungen zur den Dienstreisen der Bediensteten, welche Klimaschutzmaßnahmen beinhalten soll, ist für den Spätherbst 2020 geplant.

Im Rahmen der Erneuerung der IT-Arbeitsplatzebene wurde durch verbesserte Mobilitätsausstattung die Nutzungsmöglichkeit von regelmäßiger oder anlassbezogener Telearbeit erhöht. Damit reduzieren sich Arbeitswege und die damit verbundene CO₂-Belastung (betreffend Fuhrpark siehe Frage 11).

E-Government-Anwendungen erhöhen das Serviceniveau der öffentlichen Hand und helfen unter anderem persönliche Amtswege aber auch Briefpost und damit CO₂-Belastung zu reduzieren. Derzeit wird eine Lösung zur Erhöhung des Grades an elektronischer Zustellung eingeführt, was den Papierverbrauch sowie Druck- und Transportbedarf reduzieren hilft.

Umfassende Kostenkalkulationen zur Fragestellung liegen meinem Ressort nicht vor. Für die Herstellung mobilitätsgerechter IT Arbeitsplätze incl. Videokonferenzfazilitäten

wurden bisher rund € 650.000,-- aufgewendet, weitere Ausstattungen für die Möglichkeit von Hybridveranstaltungen sind noch heuer geplant durchgeführt.

Die Objekte des Sozialministeriumservice sind überwiegend Mietobjekte der ARE Austrian Real Estate GmbH. Es finden laufend Gespräche über energiesparende Maßnahmen statt. Es werden laufend Fenster saniert bzw. getauscht. Thermostate an den Heizkörpern wurden/werden angebracht, die Klimageräte werden regelmäßig gewartet, überprüft und wenn erforderlich durch effizientere Geräte ausgetauscht, Beleuchtungskörper werden auf LED umgestellt. Bei der Anschaffung von Geräten wie zum Beispiel Kühlschränken, Geschirrspülern etc. wird auf die Energieeffizienzklasse geachtet.

Der Energiebedarf wird durch die Verträge der BBG bzw. BIG abgedeckt.

Bei Dienstreisen und Veranstaltungen wird stets darauf geachtet, möglichst kosteneffizient zu reisen. Die Wahl des Verkehrsmittels im einzelnen Fall entspricht den Anforderungen der Dienstreise im Sinne der Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit. Um Reisetätigkeiten zu vermeiden, werden vermehrt Videokonferenzen abgehalten.

Die Einsparung der Tonnen CO₂ durch die oben angeführten Maßnahmen kann für das SMS nicht angegeben werden. Die Berechnung der Einsparungen bzw. Reduktion der CO₂ Emissionen können im Anbetracht des dafür erforderlichen hohen Verwaltungsaufwandes nicht erfolgen.

Fragen 3 bis 5:

- Erfassen Sie die durch Ihr Ministerium (inkl. nachgelagerten Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen) anfallenden CO₂-Emissionen?
 - a. Wenn ja, wie hoch sind diese aktuell für das Jahr 2020? Falls Daten für das heurige Jahr nicht verfügbar sind, bitte um Angabe der aktuellsten Daten.
 - b. Wenn nein, planen Sie eine solche Erfassung einzuführen?
 - c. Wenn nein, gibt es eine Schätzung?
- Für wie groß halten Sie das Einsparungspotenzial für in Ihrem Ministerium (inkl. nachgelagerten Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen) anfallende CO₂-Emissionen bis zum planmäßigen Ende der aktuellen Legislaturperiode? (mit Bitte um Angabe in Prozent im Vergleich zum Status quo)
- Für wie groß halten Sie das Einsparungspotenzial für in Ihrem Ministerium (inkl.) nachgelagerten Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des

Bundes stehen) anfallende CO₂-Emissionen bis 2030? (mit Bitte um Angabe in Prozent im Vergleich zum Status quo)

Diesbezüglich verweise ich auf die Beantwortung der parallelen Anfrage Nr. 3283/J durch die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie.

Frage 7: *Das Regierungsprogramm nennt das Ziel einer Sanierungsquote von 3%. Wie hoch ist aktuell die Sanierungsquote in den von Ihrem Ministerium genutzten Gebäuden?*

Zur Höhe der derzeitigen Sanierungsquote wird auf die BHÖ bzw. die ARE/BIG verwiesen.

Frage 8: *Das Regierungsprogramm nennt für Neubauten das Ziel von Niedrigstenergiehaus-Standards und verpflichtenden PV-Anlagen. Sind in Ihrem Ministerium (inkl. nachgelagerten Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen) aktuell Neubauten in Bau, Planung oder Anbahnung?*

- a. *Wenn ja, welchen Energiestandards unterliegen diese Neubauten? (mit Bitte um Auflistung aller Neubauprojekte, deren aktuelle Bauphase und der jeweiligen Energiestandards)*
- b. *Wenn ja, wie viele kWh Strom sollen die in diesen Neubauten vorgesehenen PV-Anlagen pro Jahr erzeugen?*

Im Bereich des BMSGPK sind keine Neubauten in Bau oder in Planung.

Frage 9: *Das Regierungsprogramm nennt das Ziel von 100% Umweltzeichen-zertifiziertem Ökostrom ab 2021. Wie viel Prozent des Strombedarfs Ihres Ministeriums (inkl. nachgelagerten Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen) werden aktuell durch Umweltzeichen-zertifizierten Ökostrom gedeckt?*

- a. *Wie planen Sie die Erreichung von 100% bis 2021?*

Die Stromversorgung wird in den Gebäuden der Zentralleitung ebenfalls durch die beiden Hausverwaltungen (BHÖ und BIG, siehe auch Frage 1) geregelt. Hierbei kommt die Ausschreibung der BBG zum Tragen. Das BMSGPK trat (neben anderen Ressorts) an die BBG heran, damit bei der nächsten Ausschreibung ausschließlich klimafreundlicher UZ46-Strom beschafft wird.

Frage 10: *Das Regierungsprogramm nennt als Ziel die Mindestanforderungen der Umweltzeichen-Kriterien für Green Events sowie Green Meetings für Veranstaltungen. Hält Ihr Ministerium diese Mindestanforderungen bereits ein?*

a. Wenn nein, wie planen Sie diese Mindestanforderungen zu erreichen?

Im Hinblick auf die Vergabe an Cateringfirmen ist Folgendes dazu anmerken:

Die vom BMSGPK beauftragten Cateringfirmen sind zum großen Teil mit Umweltzeichen und Zertifizierungen ausgezeichnet. Nachhaltigkeit & Umweltmanagement, Regionaler Einkauf und umweltbewusstes Handeln ist dem BMSGPK sehr wichtig. Einer der Hauptlieferanten bei Caterings wurde z.B. durch die Verleihung des ÖSTERREICHISCHEN UMWELTZEICHENS Partner für GREEN EVENTS, die Kompetenz z.B. bei veganen Speisen wurde durch die Verleihung des V-LABELS ausgezeichnet. Diesem Lieferanten wurde vor kurzem auch der ÖKO-BUSINESS-PREIS der Stadt Wien verliehen. Ebenso wird bei Verwendung von Produkten wie Kaffee, Tee und Bananen das FAIRTRADE-LABEL bei der Einholung von Angeboten vorausgesetzt.

Frage 11: *Das Regierungsprogramm nennt den öffentlichen Fuhrpark als Vorbild für alternative Antriebstechnologien. 2022 sollen diese bei Neuanschaffungen der öffentlichen Hand Standard sein. Wie hoch liegt der Anteil alternativer Antriebstechnologien im aktuellen Fuhrpark Ihres Ministeriums (inkl. nachgelagerten Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen)?*

a. Wie planen Sie diesen zu erhöhen?

Das Regierungsfahrzeug wurde heuer auf ein e-Fahrzeug getauscht, also von herkömmlicher auf alternative Antriebstechnologie gewechselt. Darüber hinaus lege ich den Großteil der dienstlichen Fahrten mit öffentlichen Verkehrsmittel zurück.

Der Dienstkraftwagen (DKW) für das Haus ist mit herkömmlicher Antriebstechnologie ausgestattet. (Als Ersatz für Transporte steht noch ein älterer DKW zur Verfügung, der jedoch nur mehr selten genutzt wird und aufgrund seines Alters in nächster Zeit ersatzlos ausgeschieden werden wird). Somit ergibt sich (das Transportfahrzeug nicht eingerechnet) ein Anteil von 50% an alternativer Antriebstechnologie.

Der Fuhrpark des Sozialministeriumservice umfasst einen PKW, der im Jahr 2008 angeschafft wurde. Es ist keine Ersatzanschaffung vorgesehen.

Frage 12: *Das Regierungsprogramm betont die Wichtigkeit von Anschluss- bzw.*

Lademöglichkeiten für batterieelektrische Fahrzeuge in Gebäuden. Wie hoch ist der Anteil an Gebäuden in ihrem Ministerium (inkl. nachgelagerten Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen), die bereits über Anschluss- bzw.

Lademöglichkeiten für batterieelektrische Fahrzeuge verfügen?

a. Wie planen Sie diesen zu erhöhen?

Das Sozialministerium hat in seinem Bereich am Standort Stubenring eine Ladestation für batterieelektrische Fahrzeuge installieren lassen. Zusätzlich stehen an den Standorten öffentliche Stationen vor den Gebäuden und jene der anderen Ressorts zur Verfügung. Für den Standort Radetzkystraße gibt es zurzeit außerdem Verhandlungen mit dem Betreiber der Tiefgarage, um einige Standplätze mit Anschluss- bzw. Lademöglichkeiten für e-Fahrzeuge ausstatten zu lassen.

Mit freundlichen Grüßen

Rudolf Anschober

